

Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Franzsika Geiser/Seraphine Iseli, GB): Wie gedenkt die Stadt Bern der Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen?

Bis in die 1980er Jahre wurden auch in Bern zahlreiche Menschen Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen: Sie wurden in Heimen platziert oder verdingt und als billige Arbeitskräfte missbraucht. Bis heute kämpfen sie darum, dass die behördliche Schuld anerkannt wird.

In zahlreichen Gemeinden des Kantons Bern finden in diesem Jahr Erinnerungsanlässe für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen statt. Ein solcher Erinnerungsanlass war am 6. Juni 2023 auch im Berner Generationenhaus geplant.

Die Veranstaltung wurde aber abgesagt: Zu wenig Interessierte hatten sich angemeldet¹. Dies ist aus zwei Gründen erstaunlich: Erstens gibt es viele Opfer von Fremdplatzierungen und anderen fürsorgerischen Zwangsmassnahmen mit Bezug zur Stadt Bern – entweder kommen sie aus Bern oder wurden in der Stadt platziert – viele Opfer, die sich um Akteneinsicht bemüht haben und an der Aufarbeitung des erlittenen Unrechts interessiert sind. Zweitens stossen ähnliche Anlässe jeweils auf grosses Interesse und sind in der Regel gut besucht.

Ein Grund kann im Anmeldeverfahren liegen: Interessierte mussten sich per E-Mail beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz der Stadt Bern anmelden, dies kann für Opfer von behördlichem Handeln eine hohe Hürde sein.

Dass Bern die Veranstaltung absagen musste, ist für die Betroffenen ein Affront. Die Stadt signalisiert so, dass wenig Interesse daran besteht, die Geschichte der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen aufzuarbeiten. Es darf nicht sein, dass solche Veranstaltungen nicht stattfinden. Wir haben deshalb Fragen:

1. Aus welchen Gründen wurde eine Anmeldung verlangt?
2. Welche Gründe wurden für die tiefen Anmeldezahlen und das Scheitern des Anlasses eruiert?
3. Welche Lehren wurden gezogen, um zu verhindern, dass auch ein nächster Erinnerungsanlass abgesagt werden muss?
4. Wann und in welcher Form wird der Anlass nachgeholt?

Bern, 29. Juni 2023

Erstunterzeichnende: Franziska Geiser, Seraphine Iseli

Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Es wurden Einladungen an einen breiten und abgesprochenen Personenkreis verschickt. Da der gemietete Saal Platz für 80 Personen bot, aber mehr Interessierte erwartet wurden, wurde um vorherige Anmeldung gebeten. Wie bereits bekannt trafen dann aber leider nur 7 Anmeldungen ein, keine davon von einer betroffenen Person. Aus Pietätsgründen gegenüber den Betroffenen wurde der Anlass daraufhin abgesagt.

¹ [Heim- und Verdingkinder: Ausgerechnet die Stadt Bern verpatzt Gedenk Anlass für Opfer | Der Bund](#)

Zu Frage 2:

Es wird davon ausgegangen, dass der Grund in den kurz vorher stattgefundenen Anlässen seitens des Kantons (in Köniz) und anderer Gemeinden zu liegen kommt. Zudem wurde die Mehrheit der Stadtberner Betroffenen damals in ländlichen Gemeinden platziert. Viele von ihnen leben noch heute dort. Es darf angenommen werden, dass sich die Betroffenen mehr durch Anlässe in ihren Gemeinden als durch denjenigen der Stadt Bern angesprochen fühlten. Ein weiterer Grund wird auch darin gesehen, dass die Stadt Bern das Thema seit 2013 sehr aktiv angeht und so eine Aufarbeitung für viele Berner Betroffene bereits möglich war. Dabei wurde sehr viel Wert auf eine gute Betreuung der Betroffenen gelegt, die ihre schwierige Kindheit aufarbeiten wollten.

Zu Frage 3:

Bei einer künftigen Organisation eines derartigen Anlasses wird die vorgängige Absprache mit anderen Gemeinden und dem Kanton zentraler gewichtet werden müssen.

Zu Frage 4:

Das Angebot, einen Anlass in einem anderen Format zu organisieren, welches eventuell mehr Leute interessieren könnte, wurde Herrn Kräuchi bereits unterbreitet. Nach anfänglichem Interesse entschied sich Herr Kräuchi – ohne die Stadt Bern zu informieren – selbst und unabhängig von der Stadt Bern eine Veranstaltung zu organisieren. An dieser nahmen rund 20 Personen teil. Ein weiterer Anlass wird aufgrund dieser Ausgangslage nicht geplant.

Bern, 23. August 2023

Der Gemeinderat